

wieder als Stadträtin und Stadtpräsidentin

BARBARA THALMANN

wieder als Stadtrat

STEFAN FELDMANN

wieder als Primarschulpräsidentin

PATRICIA BERNET

in den Gemeinderat

SP USTER - LISTE 1



Inhaltsverzeichnis

Uster bewegen: sozial, ökologisch, menschlich	3
Wahlen vom 12. April: Bilanz der Legislatur aus Sicht der SP-Fraktion	
Von Tanja Göldi, SP-Fraktionspräsidentin	
«Wir wollen der nächsten Generation eine lebenswerte Stadt überlassen»	4
Stadtratswahlen:	
Interview mit Stadtpräsidentin Barbara Thalmann	
«Ich versuche stets mit Herzblut und Augenmass zu politisieren»	6
Stadtratswahlen:	
Interview mit Stadtrat Stefan Feldmann	
Liste 1: Das sind unsere 36 Kandidat:innen für den Gemeinderat	8-9
Gemeinderatswahlen - Liste 1	
«Die Kinder sind die künftigen Stützen unserer Gesellschaft»	10
Stadtratswahlen:	
Interview mit Stadträtin und Primarschulpräsidentin Patricia Bernet	
Familienergänzende Betreuung: Ein wichtiger Schritt in die Zukunft	12
Städtische Abstimmung am 8. März: JA zum FEB-Kredit	
Von Tanja Göldi, SP-Gemeinderätin	
Sekundarschule Wüeri: Es ändert und bleibt doch wie es ist	13
Kommunale Abstimmung vom 8. März: JA zur Grenzbereinigung bei der Sekundarschule	
Von Matthias Stammbach, Mitglied Sekundarschulpflege Uster	
Unser Generationenprojekt für unser Land	14
Eidgenössische Abstimmung vom 8. März: JA zur Klimafonds-Initiative	
Von Mattea Meyer, Nationalrätin, Co-Präsidentin SP Schweiz	
Unsere Demokratie braucht eine starke SRG	15
Eidgenössische Abstimmung vom 8. März: NEIN zur SRG-Initiative (Halbierungsinitiative)	
Von Min Li Marti, SP-Nationalrätin	
So stimme ich richtig ab – So wähle ich richtig am 12. April	16
Parolen zur kommenden Abstimmung vom 8. März	
und unsere Wahlempfehlungen für den 12. April 2026	

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster: www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei Uster

Anschrift: SP Uster, Postfach, 8610 Uster 1

Auflage: 18 000 Exemplar

Erscheinungsweise: mindestens zweimal im Jahr

Layout: E. Feldmann

Druck: Ropress Zürich

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Editorial



Karin Niedermann und Anja Gada,
Co-Präsidentinnen der SP Uster

Vor Ihnen liegt gewissermassen eine Doppelnummer des FORUM: In zwei Monaten, am 12. April, finden weichenstellende Wahlen in unserer Stadt statt. Wir ergreifen Partei für ein soziales Uster, für Klimaschutz, für Familien und bezahlbare Kitaplätze, für eine lebenswerte und vielfältige Stadt sowie mehr bezahlbare Wohnungen. Ihre Stimme kann dabei am 12. April den Unterschied machen.

Zu den kommenden Wahlen zieht die SP-Fraktionspräsidentin ein Fazit über die letzten vier Jahre. Weiter finden Sie ausführliche Interviews mit unseren Stadträt:innen und eine Übersicht über unsere Kandidierenden für den Gemeinderat. Wir freuen uns sehr über die breit aufgestellte und vielfältige Liste 1 der SP Uster.

Noch vor den Wahlen, in einem Monat, genauer am 8. März, finden aber zuerst noch ein paar wichtige nationale und kommunale Abstimmungen statt. Ihnen ist der zweite Teil dieses FORUM gewidmet, wo sie unsere Argumente für und gegen verschiedene Vorlagen lesen.

Der erhöhte Kredit zur Familienergänzenden Betreuung (FEB-Kredit) sorgt für mehr bezahlbare Kitaplätze in Uster. Ein klares Ja zu Gleichstellung und der Vereinbarung von Beruf und Familie ist hier deshalb extrem wichtig. Mit den Verträgen zur Grenzbereinigung der Sekundarschulen Uster und Nänikon-Greifensee ist eine praktikable und breit akzeptierte Lösung für ein jahrelanges Problem gefunden. Die Sanierung der Abwasserreinigungsanlage (ARA) ist unbestritten und dringend notwendig, ebenso eine kleine Revision der Gemeindeordnung.

National ist die Anti-SRG-Initiative der SVP deutlich abzulehnen: Wir dürfen nicht zulassen, dass Tech-Milliardäre immer mehr Einfluss gewinnen, während zuverlässige und faktenbasierte Informationsquellen abgeschafft werden.

Und zuguterletzt: Mit einem Ja zur Klimafonds-Initiative sichern wir die nötigen Ressourcen für den notwendigen Umbau hin zu einer klimafreundlichen Gesellschaft. Alle Parolen finden Sie auf der letzten Seite.

Wir freuen uns, wenn Sie uns beim Wort nehmen, in diesem Sinne abstimmen und am 12. April unsere Kandidat:innen für die verschiedenen Behörden wählen.

Herzlichen Dank!

Anja Gada und Karin Niedermann,
Co-Präsidentinnen SP Uster

Wahlen vom 12. April: Bilanz der Legislatur 2022-2026 aus Sicht der SP-Fraktion

Uster bewegen: sozial, ökologisch, menschlich

Wenn wir auf die zu Ende gehende Legislatur zurückblicken, sehen wir eine Zeit, die uns als SP-Fraktion stark gefordert und gleichzeitig enger zusammengeschweisst hat. Ein Umstand, der auch den sehr knappen Mehrheitsverhältnissen im Parlament geschuldet war, wo jede Stimme zählte. Die Bilanz fällt grossmehrheitlich positiv aus und die begonnene Arbeit will die SP nach den Wahlen 2026 dank Sitzgewinnen im Gemeinderat fortsetzen.

Von Tanja Göldi, SP-Fraktionspräsidentin

Ein zentrales Thema, das unseren politischen Alltag in dieser Legislatur wie kein anderes geprägt hat, war der kommunale Richtplan. Die vorberatende Kommission hat über anderthalb Jahre und das Parlament über viele Stunden hinweg diskutiert, argumentiert, abgewogen, Prioritäten gesetzt und sich intensiv damit beschäftigt, wie Uster in den kommenden Jahrzehnten wachsen und sich verändern soll. Zurecht, denn der Richtplan ist das wichtigste Planungsinstrument und enthält zentrale Weichenstellungen, etwa zum Wohnraum, zur Mobilität, zur Klimaanpassung und zur Gestaltung des öffentlichen Raums.

Die Volksabstimmung im Juni 2026 wird deshalb entscheidend sein. Sie bestimmt darüber, ob Uster künftig sozial verträglich, ökologisch verantwortungsvoll und mit einer klaren Vision für ein lebenswertes Stadtbild weiterentwickelt werden kann. Für uns ist es ein grosses Anliegen, dass dieses umfassende Werk die nötige Zustimmung erhält, gerade weil so viele Menschen und Fachpersonen daran gearbeitet haben und weil darin die wichtigsten Zukunftsfragen unserer Stadt gebündelt sind. Und auch weil der alte Richtplan aus den 1980er Jahren schlicht nicht mehr zukunftstauglich ist.

Kulturzentrum Zeughaus – ein Grosserfolg

Zu den greifbaren Erfolgen zählt die positive Abstimmung zum Zeughaus. Das deutliche Ja hat gezeigt, dass die Bevölkerung Räume für Kultur, Begegnung und gesellschaftliches Leben unterstützt. Der geplante Baustart 2026 bringt dieses Projekt nun in die Umsetzung. Auch die Eröffnung des neuen Seerestaurants im November 2025 war ein Highlight, konnte damit doch eine jahrzehntelange Planung (und Streit) zum Abschluss gebracht werden. Schon in den ersten Wochen zeigte sich,



Der wohl wichtigste Entscheid der abgelaufenen Legislatur: Das Ja der Stimmberchtigten zum Baukredit für das Kultur- und Begegnungszentrum.

wie stark dieser Ort angenommen wird und wie sehr er zur Qualität des öffentlichen Raums beiträgt. Und dass die Villa am Aabach nächstes Jahr mit dem an seinem jetzigen Standort aus allen Nähten platzzenden Familienzentrum eine neue Nutzung erhält, ist ein guter Entscheid des Stadtrates und schafft einen weiteren Ort, an dem Menschen zusammenkommen und Unterstützung finden.

Das grosse Thema: Bezahlbarer Wohnraum

Ein ganz wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit der letzten vier Jahre war und ist auch die Frage nach bezahlbarem Wohnraum. Dass der Richtplan hierzu klare Ziele setzt und dass der Gegenvorschlag zur Initiative des Seniorenrates das Thema «preisgünstiger Wohnraum für alle Generationen» aufnimmt, ist für uns ein bedeutender Fortschritt. Gerade ältere Menschen sind zunehmend von steigenden Mieten betroffen, es ist ein wichtiges Signal, dass diese Problematik nun breiter politisch verankert wird.

Auch im Bereich Zentrumsgestaltung wurden wichtige Grundlagen erarbeitet. Die vorgestellten

Pläne für ein attraktives Stadtzentrum zeigen auf, wie Uster im Zentrum an Aufenthaltsqualität gewinnen kann – mit mehr Raum für Fuss- und Velo-Verkehr und zum Flanieren und weniger automobilem Verkehrsdruck. Entscheidend wird sein, dass all diese Pläne nun entschlossen weiterverfolgt und die entsprechenden Volksabstimmungen gewonnen werden.

Der Blick nach vorne

Während wir diese Legislatur abschliessen, richten wir den Blick bereits nach vorne. Am 12. April 2026 stehen die Gemeindewahlen an, und wir arbeiten mit voller Energie darauf hin, im Gemeinderat Sitze zuzulegen und die Sitze in den Exekutiven zu verteidigen. Wir sind motiviert, selbstbewusst und freuen uns auf einen engagierten Wahlkampf. Besonders freuen wir uns darauf, mit neuen Kolleg:innen den Wahlkampf zu bestreiten (siehe Seiten 8/9) und gemeinsam mit ihnen die nächsten politischen Schritte zu gestalten.

Wir gehen mit dem guten Gefühl weiter, dass Uster sich bewegt und dass wir diese Bewegung mitgestalten: sozial, ökologisch und menschlich.

Stadtratswahlen: Interview mit Stadtpräsidentin Barbara Thalmann

«Wir wollen auch der nächsten Generation eine lebenswerte Stadt überlassen»

FORUM: Barbara Thalmann, Du bewirbst Dich am 12. April für eine weitere Amtszeit als Stadtpräsidentin. Was ist Deine Motivation dafür?

Barbara Thalmann: Kürzlich durfte ich das erste Mal unser neues Seerestaurant als Gast besuchen – ein Juwel! Alles in allem hat es mehr als ein Jahrzehnt gebraucht, um hier endlich ans Ziel zu gelangen. Das zeigt: Man braucht in der Politik «en lange Schnuuf». Und es gibt noch viele solcher Projekte, die ich gerne weiterführen möchte. Und noch ein zweiter Aspekt: Meine Stadtratskolleginnen und -kollegen und ich bilden ein starkes Team. Wir arbeiten über die Parteigrenzen hinweg gut und konstruktiv zusammen. Gemeinsam haben wir eine Strategie, eine Stossrichtung erarbeitet, die uns den Weg weist, nämlich dafür zu sorgen, dass sich unsere Stadt in eine lebenswerte, inklusive und nachhaltige Richtung entwickelt. All das motiviert mich zur neuen Kandidatur.

Wenn Du auf die letzten vier Jahre im Amt zurückblickst: Was sind da Deine grössten Erfolge?

Vorab: Man ist nicht immer erfolgreich. Es gibt auch Niederlagen, die teilweise auch schmerzen. Aber ja, ich denke, die Erfolge in den letzten vier Jahren überwiegen. Die gewonnene Volksabstimmung zum Kultur- und Begegnungszentrum auf dem Ostteil des Zeughausareals, 150 gemein-nützige Wohnungen im Westteil, das neue See-restaurant, die Verlegung des Familienzentrums in die Villa am Aabach, viele erfolgreich durchgeführte Sportanlässe, ein starkes Kulturangebot unter neuer Führung im Central, das alles freut mich sehr. Mit Genugtuung stelle ich auch fest, dass Firmen ihren Sitz nach Uster verlegen oder dass unser Spital in einem schwierigen Umfeld wieder auf Kurs ist.

Eine etwas ungewöhnliche Abstimmung gab es ja in dieser Amtszeit mit der Initiative für eine Abspaltung von Nänikon von Uster. Wie hast Du das erlebt?

Das war keine einfache Situation. Ich habe gemerkt, wie sie viele Leute in Nänikon, aber auch in Uster aufgewühlt hat. Ich bin selbstver-



Von den letzten vier Jahresabschlüssen konnten drei mit einem Ertragsüberschuss abgeschlossen werden.

ständlich froh, dass die Initiative abgelehnt wurde. Und die Lösung in der Schulfrage, über die wir im März 2026 abstimmen (siehe Seite 13), ist sicherlich ein Meilenstein, um wieder zu einem entspannten Verhältnis zu kommen. Als Stadtpräsidentin ist es mein Wunsch, dass Gräben, soweit sie noch existieren, nun wieder zugeschüttet werden können.

Du hast es angesprochen: Das Seerestaurant ist fertig gebaut und eröffnet, beim Zeughaus sind wir noch nicht soweit. Wie geht es hier weiter? Wir haben eine rechtskräftige Baubewilligung, einen vom Volk bewilligten Kredit und im Dezember hat auch der Kantonsrat 10 Millionen Franken als Beitrag gesprochen. Wir liegen also im Terminplan und ich hoffe, dass wir dieses Herzensprojekt Ende 2028 eröffnen dürfen. Auch da: Es braucht «en lange Schnuuf». Und ich freue mich auf unsere «neue Nachbarschaft»: Die Gemeinnützige

Wohnbaugenossenschaft GWG wird auf dem westlichen Teil des Areals rund 150 gemeinnützige Wohnungen bauen. In der Kombination entsteht so ein neues, lebendiges, urbanes Quartier, alles mitten in Uster.

Als Stadtpräsidentin bist Du für sehr viele Querschnittsthemen zuständig, von der Inklusion bis zur Standortförderung. Wie sieht die Bilanz in diesen Bereichen aus?

Seit 2022 gibt es eine Fachstelle und eine Kommission für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen. Ziel ist es, Barrieren im Alltag und in der Verwaltung zu erkennen und zu beseitigen. Erste Verbesserungen wurden auch erreicht: Auf der städtischen Website haben wir digitale Hürden abgebaut und achten auf eine einfache Sprache. Auch ein neues Blinden-Leitsystem führt neu vom Bahnhof direkt bis zum Stadthaus. Und bezüglich Standortförderung: Hier ist es uns gelungen, dass in Uster nicht nur neuer Wohnraum entsteht, sondern auch Arbeitsplätze erhalten und neue angesiedelt wurden. Damit haben wir unser Ziel aus der Strategie 2030 erfüllt, die Zahl der Arbeitsplätze im Verhältnis zur wachsenden Wohnbevölkerung zu

entwickeln. Und es zeigt mir auch, dass unsere Stadt attraktiv ist.

Den Gemeinden und Städten werden durch Kanton und Bund immer wieder neue Aufgaben übertragen, die sie zu erfüllen haben. Gleichzeitig wird von der Politik ständig das Ausgaben- und Personalwachstum kritisiert. Wie beurteilst Du das in Uster?

Die Finanzen im Griff zu behalten, ist sicher eine wichtige Aufgabe der Exekutive. Und wir haben sie im Griff: Von den letzten vier Jahresabschlüssen konnten drei mit einem Ertragsüberschuss abgeschlossen werden. Und soviel sei gesagt: Auch für das Jahr 2025 sieht es sehr positiv aus. Aber es ist schon so: Viele Ausgaben sind «von oben» bestimmt, über die können wir gar nicht entscheiden, wie etwa die Löhne des Lehrpersonals an den Schulen. Gleichzeitig wollen wir aber nicht nur verwalten, sondern auch gestalten und unsere Stadt



Barbara Thalmann auf dem Zeughaus-Areal: «Mit dem Kultur- und Begegnungszentrum und dem gemeinnützigen Wohnungsbau entsteht hier ein neues, lebendiges, urbanes Quartier, alles mitten in Uster.»

voranbringen. Aber es ist klar: Wir können nicht alles aufs Mal machen, sondern müssen priorisieren, damit wir die zur Verfügung stehenden Finanzmittel zukunftsgerichtet einsetzen können.

Als Stadtpräsidentin bis Du gewissermassen auch das Gesicht des ganzen Stadtrates gegen aussen. Wie bist Du zufrieden mit der Arbeit des Gremiums?

Sehr. Im Stadtrat tragen alle – trotz unterschiedlicher Parteizugehörigkeit und Meinungen – ihren Teil bei, um bestmögliche Lösungen zu finden. Wir arbeiten konstruktiv und wertschätzend zusammen, ohne ein Kuschelgremium zu sein. So erlebe ich übrigens auch unsere Verwaltung: In allen Abteilungen arbeiten viele motivierte Mitarbeitende, die gemeinsam mit uns unsere Stadt voranbringen wollen. Aber zurück zum Stadtrat: Schon fast berüchtigt ist die abendliche Jassrunde anlässlich unserer Klausuren. Allen, die erstmals für den Stadtrat kandidieren, kann ich nur raten: Es lohnt sich zu üben! (lacht)

Wenn man das Gesicht gegen aussen ist, bedeutet das auch, dass man auch stark in der Öffentlichkeit steht. Wie gehst Du damit um?
Ich habe im Laufe der Zeit, vor allem auch während der Corona-Pandemie gelernt, als Stadtpräsidentin in der Öffentlichkeit zu stehen. Als solche reprä-

sentiere ich den Gesamtstadtrat an vielen Anlässen, halte Grussworte und Ansprachen. Aber ich mache bei vielen Veranstaltungen auch aktiv mit. Der Kontakt mit der Bevölkerung ist mir wichtig und man darf jederzeit mit Anliegen und Anfragen an mich gelangen. Es gibt leider auch eine unschöne Seite: Beleidigende Kommentare auf Social Media oder unflätige Mails. Das ist sehr schade und schreckt auch Menschen davon ab, sich selber politisch zu engagieren.

Schauen wir nach vorne: Was sind Deine wichtigsten Projekte in der neuen Legislatur?
Es sind viele, wo fange ich da an? Natürlich ist das Kultur- und Begegnungszentrum zu nennen und in der Folge dann die Frage, was mit dem Areal des nicht mehr benötigten Stadthofsaals geschieht. Dann gibt es wichtige Projekte der Stadtentwicklung, wie das «Attraktive Stadtzentrum», ein Schlüsselprojekt aus dem Stadtentwicklungs-konzept. Weiter gilt es den Massnahmenplan Klima umzusetzen. Das alles gelingt aber nur, wenn wir als Gemeinschaft am gleichen Strick und in die selbe Richtung ziehen! Über allem steht das Ziel, dass Uster eine Stadt für alle sein soll. Darum muss unser Wirken nachhaltig, sozial-verträglich und ökologisch sein. Wir wollen auch der nächsten Generation eine lebenswerte Stadt überlassen.

Politik ist bekanntlich nicht das ganze Leben, auch wenn Du als Stadtpräsidentin ein Vollamt hast. Darum: Wie schaffst Du es auszuspannen, den Kopf durchzulüften, die Politik hinter Dir zu lassen?

Die Stadt lässt mich nie ganz los. Trotzdem, mich interessieren viele Dinge, die nicht direkt mit meinem Amt zu tun haben. Ich bewege mich sehr gerne in der Natur, liebe es, in den Bergen zu wandern oder mit dem Velo fremde Länder zu bereisen. Andere Städte inspirieren mich dabei immer wieder mit neuen Ideen. Gleichzeitig zeigt mir das Reisen aber auch, dass Uster eine wunderbare Stadt ist, für die ich mich gerne einsetze.

Kannst Du abschliessend ganz kurz sagen, weshalb man Dich wiedergählen soll?
Ich kenne und liebe Uster und Uster kennt mich. Ich möchte als Stadtpräsidentin zusammen mit einem motivierten Stadtrat und einem konstruktiven Gemeinderat an der Gegenwart und der gemeinsamen Zukunft unserer Stadt arbeiten. Ich bedanke mich bei allen Menschen, welche mich auf diesem gemeinsamen Weg begleiten und mich dabei unterstützen.

Mehr Informationen zur Person unter www.barbara-thalmann.ch

Stadtratswahlen: Interview mit Stadtrat Stefan Feldmann

«Ich versuche stets mit Herzblut und Augenmass zu politisieren»

FORUM: Stefan Feldmann, Du bewirbst Dich am 12. April für eine weitere Amtszeit als Stadtrat.

Was ist Deine Motivation dafür?

Stefan Feldmann: Zum einen macht mir das Stadtratsamt nach zwei Amtszeiten immer noch viel Freude. Es ist das spannendeste Amt, das ich bislang bekleiden durfte. Ich habe viele motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die einen engagierten Job machen. Und zum anderen gibt es viele Projekte, die ich gerne weiter vorantreiben und wenn möglich in den nächsten vier Jahren zum Abschluss bringen möchte, so etwa das wohl wichtigste Projekt «Stadtraum Uster 2035».

Was hat es mit diesem Projekt auf sich?

Mit «Stadtraum Uster 2035» werden die zentralen Planungsgrundlagen für die Stadtentwicklung überarbeitet. Diese stammen aktuell noch aus den 1980er und 1990er Jahren, also einer Zeit, wo man noch bedenkenlos auf die grüne Wiese baute und das Auto das Mass aller Mobilitätsdinge war. «Stadtraum Uster 2035» umfasst dabei drei Phasen: Die erste war das Stadtentwicklungskonzept, das 2019 präsentiert wurde. Inzwischen hat der Gemeinderat auch über die zweite Etappe beschlossen, den Richtplan. Darüber stimmen die Stimmberchtigten dann im Juni ab. Bei einem Ja können wir dann die dritte Phase, die Revision der Bau- und Zonenordnung in Angriff nehmen.

Du hast es gesagt, gegen den Richtplan wurde von den rechten Parteien das Referendum ergriffen. Enttäuscht darüber?

Enttäuscht ist das falsche Wort. Grundsätzlich ist das Referendum ein demokratisches Recht und dieses wahrzunehmen, ist nicht zu beanstanden. Bedauerlich ist es aber trotzdem, weil am Ende der Gemeinderatsberatung doch ein recht ausgewogener Richtplan stand. Von den 135 Änderungen, die das Parlament am städtischen Entwurf vorgenommen hat, gingen, wenn ich richtig gezählt habe, 81 von jenen Parteien aus, die nun das Referendum ergriffen haben. Aber vermutlich hat man sich schon vorher auf das Referendum festgelegt und konnte dann, mit dem Wahlkampf vor der Tür, nicht mehr zurück.



Als Bauvorstand bin ich für die «drei emotionalen B» zuständig: Barrieren, Bäume und Barkplätze.

Wenn Du auf die letzten vier Jahre im Amt zurückblickst: Was sind da Deine grössten Erfolge? Ich hoffe, der wichtigste Erfolg steht noch aus: Das Ja der Stimmberchtigten zum neuen Richtplan am 14. Juni... Im Rückblick stelle ich fest, dass wir in den letzten vier Jahren im Velobereich einiges erreicht haben: 2022 haben wir den neuen Radweg nach Freudwil eingeweiht, 2024 dann die erste Etappe der Velokomfortroute von Niederuster bis zum Stadtpark. Nun läuft die Planung der zweiten Etappe vom Stadtpark nach Oberuster. Im Bereich der Grünraumpflege, haben wir die Kräfte in der neuen Leistungsgruppe «Stadtgrün» gebündelt. Viel Freude macht mir das Projekt zur Renaturierung des Werrikerbachs. Diesen haben wir aus seinem starren Bett befreit und der Natur zurückgegeben. Und als gebürtigem Ustermer lag mir schliesslich die fachgerechte Restaurierung des «teckten Brüggli» bei der Unteren

Farb sehr am Herzen. Es ist die älteste Holzbrücke im Kanton Zürich, die noch an seinem ursprünglichen Ort steht. Und es freut mich sehr, dass sie nun wieder in neuem Glanz erstrahlt.

Wenn man die Medien durchblättert, dann fällt auf, dass Du als Bauvorstand häufiger vorkommst als andere Stadtratsmitglieder. An was liegt das?

Ich sage immer: Als Bauvorstand bin ich für die «drei emotionalen B» zuständig: Barrieren, Bäume und Barkplätze. (lacht) Ein Körnchen Wahrheit steckt in diesem Bonmot aber drin: Das, was meine Abteilung macht, das nimmt man draussen im öffentlichen Raum früher oder später wahr, freut sich oder regt sich darüber auf. Das hat nichts mit meiner Person zu tun, das war schon unter meinen Vorgängern so. Und damit muss man umgehen können. Wie sagte der frühere US-Präsident Harry Truman mal so schön: Wer die Hitze in der Küche nicht aushält, sollte nicht Koch werden. (lacht) Aber glücklicherweise gibt es auch in meiner Abteilung immer wieder Themen, die wenig umstritten sind.

Zum Beispiel?

Über eines stimmen wir am 8. März ab: Die Sanierung und Erweiterung der ARA Jungholz. Dabei geht es um einen Kredit über 41,3 Millionen Franken, vermutlich

der grösste Einzelbetrag, den ich jemals als Stadtrat vertreten werde. Damit soll die biologische Reinigungsstufe saniert und die Kapazität, die heute voll ausgelastet ist, der wachsenden Stadt angepasst werden. Gleichzeitig soll eine neue, vierte Reinigungsstufe für die Elimination von Mikroverunreinigungen gebaut werden. Dieser Kredit ist trotz seiner Grösse politisch völlig unumstritten, weil allen klar ist: Wir müssen dem Greifensee Sorge tragen und für die kommenden Generationen sauber halten.

Schauen wir nach vorne: Was sind Deine wichtigsten Projekte in der neuen Legislatur? Neben dem schon angesprochenen «Stadtraum Uster 2035» sind es ohne Zweifel die beiden Schlüsselprojekte «Bahnhofzentrum» und «Attraktives Stadtzentrum». Beim «Bahnhofzentrum» hat der Gemeinderat aktuell die Weisung für den



Stefan Feldmann vor der ARA Jungholz in Niederuster: «Wir müssen dem Greifensee Sorge tragen und für die kommenden Generationen sauber halten.»

Projektierungskredit auf dem Tisch. Und beim «Attraktiven Stadtzentrum» wird er schon bald die Vorlage für den Baukredit erhalten.

Um was geht es bei diesen beiden Projekten?

Beim «Bahnhofzentrum» geht es darum, den Bushof für die Zukunft fit zu machen. Zum einen ist er heute voll ausgelastet, ein weiterer Ausbau des Busnetzes aktuell nicht mehr möglich. Zum anderen muss der Bushof behindertengerecht werden. Das benötigt mehr Platz und deshalb müssen wir den Bushof auf die Südseite der Bankstrasse erweitern. Gleichzeitig wollen wir mehr Veloabstellplätze schaffen. Mit dem «Attraktiven Stadtzentrum» wollen wir endlich umsetzen, was von vielen Ustermerinnen und Ustermer schon seit Jahrzehnten gewünscht wird: ein Zentrum zum Flanieren und Verweilen. Die Gerichts- und Webernstrasse sollen autofrei werden, die Strassenzüge entsiegelt und begrünt werden. Selbstverständlich bleibt aber die Zufahrt für die Anlieferung oder die Anwohnenden gewährleistet.

Wann wird darüber abgestimmt?

Der Kredit liegt von der Höhe her in der Zuständigkeit des Gemeinderates, aber ja, persönlich rechne ich damit, dass es zu einem Referendum

kommen wird. Dabei wird dem Stadtrat rot-grüne Ideologie vorgeworfen werden, was aber nicht stimmt, denn wir setzen etwas um, was ursprünglich aus Wirtschaftskreisen lanciert wurde.

Das musst Du schnell erklären.

2012 hat da Wirtschaftsforum Uster (WFU) eine Studie zur Zentrumsentwicklung erarbeitet. Vieles darin war wegweisend, vieles wird oder wurde umgesetzt, wie etwa ein Kultur- und Begegnungszentrum auf dem Zeughaus-Areal oder aber Parkhäuser, die von der Zürichstrasse her geschlossen sind. Im Rahmen dieser Studie wurde auch ein Verkehrskonzept für das Zentrum erarbeitet, mit folgenden Punkten, ich zitiere: «Fahrverbot Bankstrasse zwischen Poststrasse und Einfahrt Coop-Parking (Durchfahrt nur für Bus, Taxi, Güterumschlag und Anwohner); Fahrverbot Gerichtsstrasse zwischen Poststrasse und Amtsstrasse (Durchfahrt nur für Güterumschlag und Anwohner); Fahrverbot Poststrasse und Webernstrasse (Durchfahrt nur für Güterumschlag und Anwohner); Erstellung Wendeplatz Bankstrasse auf Höhe Credit Suisse, Kurzzeit-Parkplätze (Kiss and Ride); Erstellung Wendeplatz Tannenaustrasse (Zufahrt Post, Postfächer)». Der Stadtrat setzt also im Grunde nichts anderes um, als das, was das Wirtschaftsforum einst erarbeitet hat.

Politik ist bekanntlich nicht das ganze Leben. Wie schaffst Du es auszuspannen, den Kopf durchzulüften, die Politik hinter Dir zu lassen? Als gelernter Buchhändler sind Bücher für mich immer noch sehr wichtig. Beim Lesen kann ich am besten abschalten, egal ob ein Roman, ein Krimi oder ein Sachbuch. Gleicher gilt für meine 14tägliche Jassrunde mit ehemaligen Studienfreund:innen – die ist mir gewissermassen heilig.

Kannst Du abschliessend ganz kurz sagen, weshalb man Dich wiederwählen soll?

In Uster geboren und aufgewachsen, liegt mir unsere Stadt am Herzen. Schon als Pfadfinder habe ich gemerkt, dass ich gerne Verantwortung für eine Gemeinschaft trage, egal ob gross oder klein. Ich versuche stets mit Herzblut und Augenmass zu politisieren: Herzblut bedeutet, eigene Ideen und Überzeugungen zu vertreten. Und Augenmass bedeutet, gegenüber anderen Argumenten offen zu sein. Nur so kommen wir zu tragfähigen Lösungen über Parteidgrenzen hinweg. Und nur so bringen wir gemeinsam Uster vorwärts. In diesem Sinne möchte ich die Arbeit in den nächsten vier Jahren gerne weiterführen.

Mehr Informationen zur Person unter www.stefan-feldmann.ch



Tanja Göldi (1993, bisher)
Sozialarbeiterin/Berufsbeiständin

«Die familienergänzende Betreuung muss Service Public sein: qualitativ hochstehend, leicht zugänglich und bezahlbar.»



Balthasar Thalmann (1976, bisher)
Kulturingenieur ETH/Abteilungsleiter

«Uster soll eine Stadt zum Leben sein. Ein reichhaltiges Sport- und Kulturangebot mit guter Infrastruktur gehört zu uns.»



Angelika Zarotti (1958, bisher)
Bibliothekarin

«Jedes Kind, unabhängig von Alter oder sozialer Herkunft soll die gleichen Chancen auf eine gute Ausbildung erhalten.»



Aude Ratia-Brasier (1981)
Landschaftsarchitektin/Raumplanerin

«Eine nachhaltige und inklusive Gesellschaft braucht Räume für Begegnung.»



Pascal Wartenweiler (1990)
Berufsbildner/Informatiker

«Damit unsere Stadt auch für zukünftige Generationen lebenswert bleibt, braucht es griffige Klimamassnahmen.»



Luana Berther (1993)
Berufsbildnerin

«Immer mehr Pflegepersonal verlässt den Beruf frühzeitig. Es braucht zwingend bessere Arbeitsbedingungen.»



Elsa Schüpbach (2001)
Fachfrau Gesundheit

«Bei uns sollen sich alle sicher fühlen. Deshalb braucht es Massnahmen gegen geschlechter-spezifische und häusliche Gewalt.»



Randolph Sutter (1975)
Kaufmann

«Ich habe früh gelernt, was es heißt 'anders' zu sein. Ich will mich dafür einsetzen, dass niemand ausgeschlossen wird.»



Carolina Baumberger (1997)
Sozialarbeiterin

«Hass und Hetze haben in unserer Gesellschaft keinen Platz. Empathie und Verständnis entstehen durch gemeinsame Gespräche.»



Ali Özcan (1974, bisher)
Projektleiter NDS HF

«Sport verbindet unsere Gesellschaft. Es braucht deshalb einen weiteren Ausbau von Sportangebot und -infrastruktur.»



Flavia Keller (1995)
Politikwissenschaftlerin

«Es braucht mehr bezahlbare Kitaplätze – auch in Uster. Ein wichtiger Schritt zu mehr Gleichstellung.»



Marius Weder (1973, bisher)
Jurist/Oberrichter

«Die Eindämmung des Klimawandels beginnt in unserer eigenen Stadt.»



Jan Hochuli (1995)
Sportkoordinator/Sportcoach

«Es darf nicht sein, dass sich nur noch Reiche die Mieten in Uster leisten können. Es braucht mehr bezahlbaren Wohnraum.»



Büsser Ramona (1989)
Kindergartenlehrperson

«Ich stehe ein für eine lebenswerte, vielfältige, soziale und inklusive Stadt. Ein Uster für alle.»



Peter Mathis (1954, bisher)
pens. Lokomotivführer

«Die Stärke unserer Gesellschaft misst sich am Wohl der Schwächsten.»



Jeremy Fitzner (1979)
Primarlehrer

«Ich setze mich ein für eine moderne und soziale Familienpolitik in Uster. Für alle statt für wenige.»

Unsere weiteren Gemeinderats-Kandidat:innen

- 17. Farina Wanner (1997) Bankfachfrau
- 18. Jaden Donati (1997) IT-Consultant
- 19. Ursina Daeniker (1991) schulische Heilpädagogin
- 20. Reto Büsser (1984) Senior Projektleiter SBB
- 21. Skye Richard (2007) Studentin
- 22. Elias Toledo (1979) Organizer
- 23. Monika Fitze (1965) schulische Heilpädagogin
- 24. Severin Gada (2002) Sozialpädagoge i.A.
- 25. Claudia Hofstetter (1962) Geografin
- 26. Jonas Steiner (1984) Schulleiter
- 27. Regula Trüeb (1959) pens. Berufsmittelschullehrerin
- 28. Markus Bäggli (1957) pens. Primarlehrer
- 29. Karin Niedermann (1964) Professorin ZHAW
- 30. Markus Wanner (1962) Betriebsökonom
- 31. Andrea Weibel (1989) Psychotherapeutin
- 32. René Schneider (1962) Softwareingenieur
- 33. Kathrin Agosti (1964) Juristin
- 34. Reto Dettli (1964) Dipl. Ing. ETH/Partner
- 35. Anna-Pitschna Parli (1959) Sozialarbeiterin
- 36. Walter Strucken (1943) pens. Sozialarbeiter

In den Gemeinderat: SP – Liste 1

Stadtratswahlen: Interview mit Primarschulpräsidentin und Stadträtin Patricia Bernet

«Die Kinder sind die künftigen Stützen unserer Gesellschaft»

FORUM: Patricia Bernet, Du bewirbst Dich am 12. April für eine weitere Amtszeit als Primarschulpräsidentin. Was ist Deine Motivation dafür?

Patricia Bernet: Die Kinder sind unsere Zukunft. Aber sie haben keine Lobby. Es freut mich, dass ich mich als Primarschulpräsidentin für sie einsetzen darf. Das möchte ich gerne auch in den nächsten vier Jahren tun und gemeinsam mit meinen Teams und Mitarbeitenden für eine hohe Qualität und Kontinuität an der Primarschule Uster sorgen.

Wenn Du auf die letzten vier Jahre im Amt zurückblickst: Was sind da Deine grössten Erfolge?

Wir haben viele Projekte umgesetzt. So haben wir etwa draussen Lernen eingeführt. Damit wird neben einem echten und nachhaltigen Lernen in der Natur auch die Sozialkompetenz gefördert und die Gesundheit der Kinder verbessert. Im Kindergarten konnten wir mit zusätzlichen Fachpersonen Betreuung eine nachhaltige Entlastung und eine bessere Förderung der Kinder erreichen. Zwei Fachpersonen haben den Vorteil, dass sie mehr sehen, schneller intervenieren, besser fördern und den Kindern mehr Zeit fürs freie Spiel bieten können. Das wollen wir schrittweise überall einführen. Für die Kinder und ihre gesunde Entwicklung sehr wichtig sind die Kampagne «go-offline bis 4» sowie die Initiative der Elternräte für eine smartphonefreie Kindheit.

Diese Kampagne «go-offline bis 4», die von verschiedenen Schulgemeinden angestoßen wurde, hat für einiges Aufsehen gesorgt. Wie waren die Reaktionen und wie geht es hier weiter?

Die Reaktionen fielen grösstenteils positiv aus, auch wenn die Kampagne in einem Medienbeitrag kritisiert wurde. Die Sachlage ist klar: Die frühzeitige Nutzung von Bildschirmen beeinflusst die kindliche Entwicklung in vielen Bereichen negativ, darunter Bewegung, Schlaf, Konzentration, Sozialkompetenz oder psychische Gesundheit. Diverse Gemeinden und Kantone haben sich der Kampagne angeschlossen. Wir werden zusammen mit der Abteilung Präsidiales, die für den Frühbereich



Am allerbesten wäre es, wenn Primarschulkinder gar kein eigenes Smartphone besitzen würden.

zuständig ist, national und in Uster weitere Massnahmen umzusetzen. Zusammen mit «smartphonefreie Kindheit» der Elternräte wollen wir in Uster die Kultur aufbauen, dass Eltern wieder mehr mit ihren Kindern sprechen und nicht durch Bildschirme getrennt sind und dass Kinder wieder viel mehr draussen spielen. Das fördert eine gesunde Entwicklung am meisten.

Aktuell in der Diskussion ist ja auch ein Handy-Verbot an der Primarschule. Du bist also dafür?

Ja, absolut. Im August 2025 haben wir eine einheitliche Regelung für die gesamte Primarschule Uster eingeführt: Die Smartphones bleiben während der kompletten Schul- und Betreuungszeit auf dem gesamten Schulareal ausgeschaltet in der Tasche. Besser wäre noch, wenn die Smartphones zu Hause bleiben würden. Und am allerbesten wäre es, wenn Primarschulkinder gar kein eigenes

Smartphone besitzen würden. Deshalb bin ich sehr glücklich über die Initiative der Elternräte für eine freiwillige Erklärung für eine smartphonefreie Kindheit. Für eine gesunde Entwicklung benötigen Kinder die reale Welt. Sie sollen in ihrer Freizeit Freundinnen und Freunde treffen, draussen spielen, ohne Tracking unterwegs sein und Emotionen erleben. Es ist unsere Verantwortung die Kinder vor dieser Sucht der negativen Algorithmen und Inhalten wie Gewalt, Pornografie, Hass und Extremismus zu schützen.

Am 8. März stimmt die Bevölkerung in Uster, Nänikon und Greifensee über die Grenzbereinigung bei der Sekundarschule ab. Bei einem Ja wäre der Weg frei, für die sogenannte Einheitsgemeinde, also die Integration der Sek in die Stadt Uster. Was kommt da auf uns zu?

Das wird ein Grossprojekt. Durch die Fusion von Primarschule und Sekundarstufe entsteht eine Schule mit rund 3700 Kindern, 900 Mitarbeitenden und einem Budget von rund 80 Millionen Franken. Das wäre gut die Hälfte des Budgets der Stadt. Es zeigt wie wichtig die Schule für unsere Gesellschaft ist. Wir werden die Strukturen überprüfen, die rechtlichen Grundlagen anpassen und die verschiedenen Kulturen zusammenführen müssen. Und das alles, ohne dass der Schulalltag darunter leidet. Vor dieser Herausforderung habe ich grossen Respekt.

Aktuell nehmen die Kosten für die Bildung in Uster rund 40 Prozent der Finanzen in Anspruch. Hier gibt es ja immer wieder Kritik am Kostenwachstum, etwa bei der Sonderpädagogik, und da ist für die Politik natürlich die Versuchung gross, hier zu sparen. Was bedeutet das für die Schule?

Im Vergleich zu anderen Gemeinden verfügt die Primarschule Uster in jeder Hinsicht über durchschnittliche Kosten. In der Bildung, etwa bei der Sonderpädagogik zu sparen, wäre aber kontraproduktiv: Kinder, die diese Förderung nicht erhalten, sind oft ein Leben lang benachteiligt, sie haben weniger beruflichen Erfolg, schlechtere Einkommen, oft auch eine schlechtere Gesundheit.



Patricia Bernet auf dem Areal des Schulhaus Niederuster: «Die Primarschule Uster ist bekannt für Innovation und zieht qualifizierte Mitarbeitende an.»

Die Folgen davon trägt dann auch wieder der Staat über das Sozialsystem, gespart wäre also nichts. Viele Kosten sind durch den Kanton vorgegeben. Nur ein Beispiel: Je nachdem wie der Kantonsrat den neuen Berufsauftrag für die Lehrpersonen definiert, entstehen für die Stadt Uster Mehrkosten von 1 bis 2 Millionen.

Apropos Kanton: Du bist seit den letzten Wahlen auch Mitglied des Kantonsrates, der im Bildungsbereich viele Vorgaben macht. Von aussen betrachtet, hat man den Eindruck, dass hier das Pendel in der Pädagogik wieder zurückswingt, weg von Reformen, hin zu einer Schule von früher. Wie siehst Du das?

Diese Entwicklung ist besorgniserregend, auch weil sie sich von den wissenschaftlichen Erkenntnissen entfernt. Zum Beispiel setzt die Politik vermehrt auf Leistungs- und Notendruck. In vielen Köpfen scheint noch immer tief verwurzelt zu sein, dass Kinder nur lernen, wenn sie dazu gezwungen und bei schlechter Leistung bestraft werden. Die Wissenschaft zeigt schon lange, dass Kinder von sich aus lernen und Informationen wie ein Schwamm aufsaugen. Auch lernen sie am effektivsten wenn sie durch gezielte Gespräche über ihre Lernfortschritte unterstützt werden. Dennoch müssen wir ab der 2. Klasse zwingend

Noten geben. Das ist frustrierend. Ich wünsche mir mehr Handlungsspielraum.

Als Schulpräsidentin stehst Du im Spannungsfeld der Ansprüche von Kindern, Eltern, Lehrpersonen und der Politik. Wie kannst Du all diese Ansprüche unter einen Hut bringen?

Wir legen grossen Wert auf eine qualitativ hohe Arbeit in den Schulen und setzen auf Innovation, um den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden. Alles in allem funktioniert dabei das Zusammenspiel der verschiedenen Player recht gut. Der grösste Teil der Eltern begleitet ihre Kinder gut und zeigt grosses Verständnis für die Schule. Leider gibt es aber einen wachsenden Anteil von Eltern, die sehr fordernd, teilweise sogar übergriffig gegenüber Lehrpersonen sind und Probleme nur bei anderen sehen. Diese Eltern belasten die Lehrkräfte und viele weitere Mitarbeitende auch in der Schulverwaltung stark. Ich wünsche mir da mehr Respekt.

Politik ist bekanntlich nicht das ganze Leben, auch wenn Du als Primarschulpräsidentin ein Vollamt hast. Darum: Wie schaffst Du es auszuspannen, den Kopf durchzulüften, die Politik hinter Dir zu lassen?

Wenn die Tage vollständig durchgeplant und auch die Abende mit Sitzungen belegt sind, ist das

manchmal in der Tat eine Herausforderung. Ich schätze die Zeit mit meiner Familie sowie die Live-Übertragungen oder Besuche der Squash-Spiele unseres Sohnes sehr. Erholung finde ich zudem beim Spazierengehen, Radfahren, Tanzen oder Lesen.

Kannst Du abschliessend sagen, weshalb man Dich wiederwählen soll?

Mein Herz schlägt für die Kinder. Es schmerzt mich zu sehen, wie oft und wie sehr wir sie heute z.B. bei digitalen Medien alleine lassen. Ihr grundlegendstes Bedürfnis für eine gesunde Entwicklung – das freie, unbegleitete Spiel mit anderen Kindern – wird nicht erfüllt. In den letzten Jahren haben wir die Primarschule Uster erfolgreich positioniert: Sie ist bekannt für Innovation und zieht qualifizierte Mitarbeitende an. Ich kenne die Herausforderungen im Schulsystem. Gemeinsam mit der Schulpflege und den verschiedenen Anspruchsgruppen werden wir neue Ideen entwickeln und umsetzen, damit die Kinder auch in Zukunft gerne zur Schule gehen und gute Leistungen erbringen. Wir brauchen gesunde Kinder für eine stabile Demokratie. Ich will Verantwortung für sie übernehmen.

Mehr Informationen zur Person unter www.patricia-bernet.ch

Städtische Abstimmung vom 8. März: JA zum FEB-Kredit

Familienergänzende Betreuung: Ein wichtiger Schritt in die Zukunft



Die familienergänzende Betreuung erhält mit der überarbeiteten Strategie eine gute Grundlage für die Zukunft.

Die SP Uster freut sich, dass nach langer Wartezeit endlich die überarbeitete Strategie zur familienergänzenden Betreuung (FEB) vorliegt. Die Anpassung war längst überfällig: In den letzten Jahren wurde deutlich, dass das bisherige System an seine Grenzen gestossen ist. Lange Wartelisten, unflexible Betreuungszeiten und Engpässe bei den Subventionen haben viele Familien stark belastet. Wir sagen deshalb mit Überzeugung JA.

Von Tanja Göldi, SP-Gemeinderätin

Die überarbeitete Strategie für die familienergänzende Betreuung hat lange auf sich warten lassen. Doch das Warten hat sich gelohnt. Positiv ist insbesondere, dass die Öffnung der Subventionen nun für alle Kitas in Uster gilt. Damit wird ein zentraler Engpass behoben, der bisher vielen Familien den Zugang erschwert hat. Wir hoffen, dass die neue Regelung künftig mehr Flexibilität ermöglicht – etwa bei der Wahl und Anpassung von Betreuungstagen. Diese Flexibilität ist entscheidend, um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können.

Flexible Betreuungsmodelle

Einrichtungen, die sich an den Bedürfnissen der Eltern orientieren, sind besonders wertvoll. Ein aktuelles Beispiel ist die Kita Rösligarten, die speziell

für das Gesundheitspersonal des Spitals Uster mit Schichtarbeitszeiten unverzichtbar ist. Mit der angekündigten Schliessung dieser Kita im August 2026 entsteht für viele Familien und Mitarbeitende eine schwierige Situation. Die SP Uster hat deshalb die Petition zur Kita Rösligarten lanciert, die Stadt und Spital auffordert, eine gleichwertige Ersatzlösung sicherzustellen, und hat sie mit mehr als 1000 Unterschriften eingereicht. Gerade Pflege- und Gesundheitspersonal braucht verlässliche Kinderbetreuung, um Beruf und Familie miteinander vereinbaren zu können.

Die neue Vorlage ist ein wichtiger Schritt für die Zukunft der familienergänzenden Betreuung in Uster. Besonders begrüssenswert ist das neue Berechnungsmodell, das Familien mit tiefen Einkommen und Alleinerziehende stärker entlastet. Das ist ein klarer sozialpolitischer Fortschritt. Ganz im Sinne der SP: Eine gerechte, bezahlbare und chancengleiche Betreuung für alle Kinder ist zentral für uns.

Ein kritischer Punkt bleibt

Kritisch sehen wir jedoch die Höhe des Minimalbeitrags pro Betreuungstag. Aktuell liegt dieser bei 20 Franken. Wir fordern, den Betrag auf 10 Franken pro Tag und Kind zu senken. Eine Entlastung nur über eine Härtefallregelung ist aus unserer Sicht ungenügend. Nur so wird die Weisung zu einem wirksamen Instrument gegen Kinderarmut. Familien mit sehr tiefem Einkommen

brauchen diese Entlastung, damit jedes Kind in Uster Zugang zu frühkindlicher Bildung und Betreuung hat. Hier ist der Stadtrat aufgefordert nachzubessern.

Nichtsdestotrotz: Die SP unterstützt die Weisung voll und ganz. Die Anpassung des Reglements und die Erhöhung des jährlichen Beitrags sind notwendig, um die familienergänzende Betreuung langfristig zu sichern und weiterzuentwickeln. Für die SP bleibt eine bezahlbare, familienergänzende Betreuung für alle ein Kernthema ihrer Politik. Wir begrüssen es sehr, dass dieses Anliegen nun endlich ernst genommen und umgesetzt wird. Mit der neuen Weisung stärkt Uster die soziale Infrastruktur und schafft faire Chancen für alle Kinder.

Gut investiertes Geld

Für die Einführung des neuen Modells zur Unterstützung der Eltern in der FEB wird der städtische Beitrag von heute 2 Millionen Franken auf 2,6 Millionen Franken ab 2026 jährlich wiederkehrend erhöht. Die SP Uster unterstützt diese Erhöhung klar und deutlich – es ist gut investiertes Geld. Das Fazit: Wir stehen hinter dieser Vorlage – für eine starke, soziale und familienfreundliche Stadt Uster, in der alle Kinder gleiche Chancen haben. Und deshalb: Am 8. März ein klares JA an der Urne. Damit wird die notwendige Finanzierung für eine gerechte, flexible und nachhaltige Kinderbetreuung sichergestellt.

Kommunale Abstimmung vom 8. März: JA zur Grenzbereinigung bei der Sekundarschule

Sekundarschule Wüeri: Es ändert und bleibt doch wie es ist

Die Diskussionen um eine Grenzbereinigung zwischen den beiden auf Ustermer Stadtgebiet tätigen Sekundarschulen haben lange gedauert und wurden streckenweise sehr emotional geführt. Doch nach intensiven und konstruktiven Verhandlungen wurde nun eine Lösung gefunden, die für alle Seiten stimmt. Was noch fehlt, ist das JA der Stimmbürger:innen von Uster, Nänikon, Werrikon und Greifensee an der Urne.

Von Matthias Stammbach,
Mitglied Sekundarschulpflege Uster

Das Wichtigste gleich vorab: Die Schülerinnen und Schüler, die Eltern sowie die Lehrerschaft werden bei einem Ja ab dem 1. Januar 2027 keinerlei Änderungen feststellen. Alles bleibt beim Alten: Die bisherigen Schülerinnen und Schüler des Schulhauses Wüeri besuchen weiterhin ihr Schulhaus Wüeri. Die gleichen Lehrer und Lehrerinnen unterrichten die gleichen Klassen. Die

Schulleitung bleibt ebenfalls die Gleiche. Mit anderen Worten: Bewährtes bleibt erhalten, während die rechtlichen Strukturen endlich bereinigt sind und damit dem kantonalen Gemeindegesetz entsprochen wird.

17 Jahre Verhandlungen

Nach vielen Jahren der Verhandlungen – erste Bestrebungen gab es bereits 2008 (zu einem Zeitpunkt also, als unsere heutigen Schüler und Schülerinnen im Schulhaus Wüeri noch gar nicht auf der Welt waren) – sind wir nun hoffentlich am Ziel. Die intensiv und konstruktiv geführten Diskussionen der letzten vier Jahre hatten stets zum Ziel, dass die Schülerinnen und Schüler und die Bevölkerung von den rechtlichen und organisatorischen Veränderungen möglichst nichts spüren sollen. Wir sind der Meinung, das haben wir erreicht.

Der Gemeinderat nahm die von den beiden Schulpflegen ausgehandelte Lösung mit 33:0 einstimmig an. Und die Gemeindeversammlung der Oberstufenschulgemeinde Nänikon Greifensee sagte ähnlich überzeugend Ja. Offensichtlich

konnten wir sowohl das Parlament Uster als auch die Gemeindeversammlung der OSNG mit unserem Lösungsvorschlag überzeugen.

Und so sieht die Lösung aus

Die ausgehandelte Lösung umfasst mehrere Punkte:

- Das Schulhaus Wüeri bleibt der gemeinsame Unterrichtsstandort – für Jugendliche aus Nänikon, Werrikon und Greifensee. Es erfolgen grundsätzlich keine Umteilungen.
- Nänikon und Werrikon gehören künftig zur Sekundarschulgemeinde Uster. Diese ist damit deckungsgleich mit der politischen Gemeinde Uster und damit auch der Primarschule Uster.
- Die Oberstufenschule Nänikon Greifensee geht per 1. Januar 2027 in der Sekundarschulgemeinde Greifensee auf. Diese ist verantwortlich für den Schulbetrieb des Wüeri.
- Es gibt einen sogenannten Anschlussvertrag. Dabei bezahlt die Sekundarstufe Uster für die Schüler:innen ihrer Aussenwachten der Sekundarschule Greifensee ein Schulgeld. Der zu zahlende Betrag wird gestützt auf die Anzahl Schüler:innen jedes Jahr neu berechnet.

- Das Schulhaus und der Boden bleiben im Eigentum der beiden Gemeinden Uster und Greifensee. Es wird eine Anstalt gegründet, welche das Schulhaus, mithin die Infrastruktur der Schule, unterhält: Die Anstalt verwaltet, unterhält und erneuert die Liegenschaft. Bei umfassenden Sanierungen oder Erweiterungen haben aber die beiden Schulgemeinden bzw. die Stimmberechtigten das letzte Wort.

Zugegeben: Hätte man «auf der grünen Wiese» entscheiden können, hätte es wohl einfache Lösungen gegeben, welche aber politisch wohl keine Chancen gehabt hätten. So wurde eine pragmatische, politisch mögliche Lösung gesucht und gefunden.

Einheitsgemeinde möglich

Abschliessend zwei Punkte: Erstens ermöglicht diese Bereinigung der Grenzen nun in Uster die Prüfung der überfälligen Einheitsgemeinde. Zweitens ist darauf hinzuweisen, dass im Falle eines Nein an der Urne der Bezirksrat als Aufsichtsorgan eine Lösung verfügen müsste, wobei wir nicht wissen, was das bedeutet. In jedem Fall wäre ein jahrelanger Rechtsstreit zu erwarten, was wir nicht wollen. Deshalb ist auf ein überzeugendes JA in beiden Schulgemeinden zu hoffen, so dass sich die Struktur zwar ändert, aber für Lehrerschaft und Schülerinnen und Schüler bleibt wie es ist.



Im Schulhaus Wüeri in Nänikon gehen trotz Grenzbereinigung auch in Zukunft die Kinder aus Nänikon, Werrikon und Greifensee zur Schule.

Eidgenössische Abstimmung vom 8. März: JA zur Klimafonds-Initiative

Unser Generationenprojekt für unser Land

Die Schweiz ist als Alpenland besonders stark vom Klimawandel betroffen: Unsere Gletscher schmelzen, Hitzetage und extreme Wetterereignisse nehmen zu. Im Jahr 2023 hat die Bevölkerung entschieden, dass die Schweiz bis 2050 klimaneutral werden soll. Die Klimafonds-Initiative ist nun der Weg zu diesem Ziel. Sie ermöglicht Investitionen in erneuerbare Energien, Gebäudesanierungen und moderne Mobilität. Damit erreichen wir Schritt für Schritt eine umweltverträgliche Energieversorgung und schaffen Wohlstand und neue Arbeitsplätze.

Von Mattea Meyer, Nationalrätin,
Co-Präsidentin SP Schweiz

Aus den Schlagzeilen mag das Thema aktuell etwas verschwunden sein, doch das ändert nichts daran: Der Klimawandel ist in der Schweiz längst deutlich spürbar. Die Durchschnittstemperatur ist bei uns bereits doppelt so stark gestiegen wie im globalen Mittel. Schmelzender Permafrost bringt Hänge ins Rutschen und gefährdet ganze Dörfer. Es häufen sich extreme Wetterereignisse wie Trockenheit, Starkregen und Hitzewellen, die die Gesundheit vieler Menschen belasten. Mit der von SP und Grünen gemeinsam lancierten Klimafonds-Initiative packen wir diese Herausforderungen an.

Investitionen in der nötigen Gröszenordnung

Mit dem Klimafonds soll der Bund jährlich 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Umbau unserer Infrastruktur investieren. Das sind zwischen 4 und 8 Milliarden Franken, die zur Verfügung stehen, um unsere Infrastruktur für die jetzige und vor allem für die kommenden Generationen zu modernisieren. Dies kann ohne neue Steuern und Abgaben finanziert werden. Viele Hausbesitzende und Unternehmen gehen bereits voran – mit dem Klimafonds unterstützen wir ihre Anstrengungen und bereits laufende Massnahmen mit gezielten Investitionen in:

1. Erneuerbare Energien: Wir fördern die Stromproduktion aus Solar-, Wasser- und Windenergie, um unsere Eigenversorgung zu sichern.
2. Gebäudesanierungen: Wir ersetzen klimaschädliche Ölheizungen durch moderne Wärmepumpen, kommen weg vom ausländischen Gas und verbessern die Energieeffizienz von Gebäuden.



Extreme Wetterereignisse nehmen wegen des Klimawandels zu. Deshalb ist es nötig, dass wir hier investieren, für uns und kommende Generationen.

3. Klimafreundliche Technologien: Die Industrie erhält Unterstützung, um auf umweltfreundlichere Produktionsverfahren umzustellen.

4. Gute Arbeitsplätze: Wir investieren in die Ausbildung der nötigen Fachkräfte und setzen auf unsere Stärken: leistungsfähiger Forschungsplatz für Innovation und ein starkes Gewerbe in allen Regionen.

Nichts tun kostet am Ende mehr

Mit der Klimafonds-Initiative investieren wir in erneuerbare Energien, Gebäudesanierungen und moderne Mobilität. Und zugegeben: Es geht um einen grossen Betrag, doch nichts tun, wird uns am Ende mehr kosten. Zudem zeigt ein Blick in die Schweizer Geschichte, dass sich solche Investitionen lohnen:

- Unsere (Ur-)Grosseltern haben in den 1940er-Jahren in die AHV investiert und so die Altersarmut bekämpft.

- In den 1950er- und 1960er-Jahren haben wir rund 2 Prozent des BIP in den Bau grosser Staudämme investiert (u.a. Grimsel, Grande Dixence, Mauvoisin) – ein Projekt, das unsere Energieversorgung bis heute prägt.

- Ähnlich ambitioniert waren die Investitionen in der Höhe von 1 bis 1.5 Prozent des BIP ab den späten 1980er-Jahren in die Bahn 2000, den Gotthard-Basistunnel und die Zürcher S-Bahn, dank denen wir unser Bahnnetz modernisiert haben, um die Täler und Regionen zu verbinden.

Jetzt ist es an uns, ein solches Vorhaben zugunsten unseres Landes und den kommenden Generationen anzupacken: Unser Generationenprojekt ist die Investition in eine moderne und klimafreundliche Infrastruktur, die uns unabhängig von Öl und Gas macht und das lokale Gewerbe stärkt. Das tun wir mit der Klimafonds-Initiative von SP und Grünen. Und dafür braucht es am 8. März JA an der Urne.

Eidgenössische Abstimmung: NEIN zur SRG-Initiative («Halbierungsinitiative»)

Unsere Demokratie braucht eine starke SRG

Nachdem 2018 die Anti-SRG-Initiative «No Billag» an der Urne gescheitert ist, nehmen rechte Kreise nun mit der «Halbierungsinitiative» einen neuen Anlauf: Sie wollen die Serafe-Gebühr auf 200 Franken senken. Das hätte nicht nur für die SRG massive Konsequenzen, sondern in einer Ära von Fake-News und Desinformation auch für die Demokratie in unserem Land.

Von Min Li Marti, SP-Nationalrätin

Wir erleben im Moment eine Medienkrise, eine Schwächung des Journalismus. Gleichzeitig sind autoritäre Regimes auf dem Vormarsch. Die Ursachen sind vielfältig: Die herkömmlichen Geschäftsmodelle funktionieren nicht mehr, die Bedürfnisse der Konsument:innen haben sich rasant gewandelt. Dahinter steht die technologische Entwicklung, der Aufstieg der Plattformen, der amerikanischen Techgiganten, die den Medien sowohl die Werbegelder wie auch die Aufmerksamkeit der Menschen entziehen. Gleichzeitig funktionieren sie nicht wie herkömmliche Medien, übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte, sind nicht an journalistische Prinzipien gebunden. Und so sind da journalistische Inhalte neben Propaganda und Fake News zu finden. Deren Unterscheidung wird mit fortschreitender Entwicklung der künstlichen Intelligenz nur noch schwieriger werden.

Die Medienkrise ist damit auch zur Vertrauenskrise

geworden. Den klassischen Medien wird immer weniger geglaubt, immer weniger vertraut, aber die Alternativen sind nicht besser. Es wird häufig gesagt, dass Medien wichtig sind für die Demokratie. Das stimmt zwar im Prinzip, aber historisch gesehen auch nicht immer. Medien können auch Propaganda verbreiten, Falsches berichten und damit Stimmungen schüren. Medien sind dann wichtig für die Demokratie, wenn sie guten Journalismus machen, kritisch sind und sich auch trauen, die Mächtigen anzugehen. Die öffentlich-rechtlichen Sender waren in Europa auch die Antwort auf jene Medien, die durch staatlichen Einfluss oder Konzentration von Reichtum ihre Stellung missbrauchten und zu Propaganda-Instrumenten wurden. Als Korrektiv dazu braucht es nicht gewinnorientierte Medien, die der Öffentlichkeit gegenüber verpflichtet sind.

Die Medienkrise würde dadurch verstärkt

Die momentane Medienkrise wird sich in den nächsten Jahren noch verschärfen. Die Konkurrenz und Verdrängung durch Tech-Plattformen wird sich noch verstärken, insbesondere durch künstliche Intelligenz. Die Tech-Oligarchen sind nicht interessiert an guter Information oder einem demokratischen Austausch, nicht einmal an der Meinungsfreiheit, die sie immer wieder propagieren. Sie sind interessiert an der Sicherung des eigenen Einflusses und des eigenen Reichtums. Wir werden daher in den kommenden Jahren noch eine weitere Zunahme an Fake-News und Desin-

formation erleben und noch eine grösere Unsicherheit darüber, was wahr ist und was nicht. Diese Zeit würde daher eigentlich danach rufen, die SRG zu stärken. Es passiert allerdings das Gegenteil. Das stete Trommelfeuer von rechts zeigt bereits Wirkung. Albert Röstis Gebührensenkung zwingt die SRG bereits heute dazu 17 Prozent ihres Budgets einzusparen. Das geht nicht schmerzlos vorbei. Sendungen werden gestrichen, Stellen werden abgebaut.

Ein Nein ist kein kritikloses Ja zur SRG

Diese Sparmassnahmen führen durchaus zu verständlichem Ärger und zu einer klaren Einbusse. Beispielsweise im Bereich des Wissenschaftsjournalismus und der Kulturberichterstattung. Beides Bereiche, in denen die privaten Medien ebenfalls klar zurückfahren. Und ob die politische Strategie der SRG immer geschickt ist, ob sie den privaten Verlegern zu fest entgegen kommt, ob sie zu viel Angst hat in der Berichterstattung - das sind durchaus berechtigte Fragen und Kritikpunkte, gerade auch von Links. Aber eine zerstörte SRG kann nicht so einfach wieder aufgebaut werden. Sie ist bei aller nicht unberechtigten Kritik immer noch eine Garantin, für eine mediale und journalistische Abdeckung aller Regionen, aller Sprachen und damit auch wichtig für den nationalen Zusammenhalt, der in diesem Land der verschiedenen Sprachen und Kulturen nicht ganz so einfach ist. Deshalb braucht es am 8. März ein NEIN zur «Halbierungsinitiative»

Medien sind wichtig für eine gesunde Demokratie. Gerade deshalb braucht es den starken Service Public der SRG.



So stimme ich am 8. März richtig ab

spu. Neben den beiden Abstimmungen zur Erhöhung des FEB-Kredites und der Grenzbereinigung bei den Sekundarschulgemeinden, gibt es am 8. März in Uster noch zwei weitere Abstimmungen. Bei beiden Vorlagen empfiehlt die SP Uster ein JA.

ARA Jungholz: Die Stadt Uster wächst und mit ihr muss auch die ARA wachsen. Sie ist heute an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Die Erweiterung findet in drei Etappen statt, die ersten beiden Etappen sind bereits realisiert. Nun folgt als dritte Etappe die Erweiterung der biologischen Reinigungsstufe. Gleichzeitig wird eine vierte Stufe zur Elimination von Mikroverunreinigungen gebaut. Dafür ist ein Kredit von 41,3 Millionen Franken notwendig. Dieser ist unbestritten: Der Gemeinderat hat dem Kredit einstimmig zugestimmt.

Änderung der Gemeindeordnung: Verschiedene neue Bestimmungen auf kantonaler Ebene machen diverse kleinere Anpassungen in der Gemeindeordnung nötig. So muss es inskünftig bei Gesamterneuerungswahlen ein Beiblatt geben. Das Wahlbüro soll zudem neu vom Stadtrat gewählt werden. Diese Änderungen sind weitgehend unbestritten: Der Gemeinderat hat ihnen mit 24:9 Stimmen zugestimmt.

Abstimmungssparolen für den 8. März 2026

Eidgenössische Abstimmungen:

NEIN zur Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit»
JA zum Gegenvorschlag
Stichfrage: den Gegenvorschlag

NEIN zur SRG-Initiative («Halbierungsinitiative»)
siehe Artikel auf Seite 15

JA zur Klimafonds-Initiative
siehe Artikel auf Seite 14

JA zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung

Städtische Abstimmungen:

JA zur Erhöhung des städtischen Beitrags für die Familienergänzende Betreuung (FEB)
siehe Artikel auf Seite 12

JA zum Kredit für die Sanierung und Neubau der ARA Jungholz
siehe nebenstehende Erläuterungen

JA zur Teilrevision der Gemeindeordnung
siehe nebenstehende Erläuterungen

JA zur Gebietsänderung der Sekundarschulgemeinden
siehe Artikel auf Seite 13

So wähle ich am 12. April richtig



Stadtrat: Nehmen Sie den leeren Wahlzettel für den Stadtrat und tragen Sie darauf Barbara Thalmann und Stefan Feldmann ein. Die SP unterstützt bei diesen Wahlen zudem Karin Fehr (Grüne).

Achtung: Barbara Thalmann muss zweimal eingetragen werden: Oben bei den Stadtratsmitgliedern und unten beim Stadtpräsidium.

Primarschulpflege: Nehmen Sie den leeren Wahlzettel für die Primarschulpflege. Die SP unterstützt grundsätzlich die Kandidaturen der Interparteilichen Konferenz (IPK), insbesondere Patricia Bernet, Ruth Ebinger und Jonas Steiner (alle SP) sowie Karin Kocher (Grüne).

Achtung: Patricia Bernet muss zweimal eingetragen werden: Oben bei den Mitgliedern und unten beim Primarschulpräsidium.

Gemeinderatswahlen: Nehmen Sie den vorgedruckten Wahlzettel der Liste 1 Sozialdemokratische Partei Uster. Sie maximieren die Stimmkraft der SP am besten, wenn Sie den Zettel unverändert ins Wahlcouvert stecken, bzw. in die Urne werfen.

Und nicht vergessen: Den Stimmrechtsausweis unterschreiben! Nur dann wird Ihre Stimme gezählt.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!